Facelifting und Make Up reichen nicht

Das Buch "Rotes Grün" – auf zu neuen Ufern statt nur Reparaturen im Maschinenraum Detlef Bimboes

Hans Thie, Wirtschaftsreferent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und zuvor langjährig Redakteur bei der Wochenzeitung "Freitag", hat mit "Rotes Grün – Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft" ein Buch vorgelegt, das aus der nicht enden wollenden Fülle sozial-ökologischer Umbau-Werke herausragt. "Rotes Grün" bietet eine Story, die zum Handeln motiviert, benennt Signale der Hoffnung und zeigt, wohin die Reise gehen sollte. Das ist rundum gelungen, noch dazu gut geschrieben und deshalb ein Buch, das man gelesen haben muss.

Ein grüner Kapitalismus wird die multiple Krise nicht lösen

Es beginnt mit einem kurzen, verheißungsvollen Blick in die Zukunft, aus der man verständnislos auf die Vergangenheit und die jetzige Gegenwart samt ihrer Idiotien blickt. Dann richtet sich der Blick eingehender auf harte Realitäten. Nach dem Verschwinden der alten Industriegesellschaft, dem Untergang des Staatssozialismus und der Etablierung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus sind gewaltige politische, wirtschaftliche und soziale Schieflagen gewachsen, sind Krisen und kriegerische Konflikte zurückgekehrt. Einen zivilisierten Ausweg kann der politische Mainstream nicht formulieren. Sein Mantra lautet lediglich: mehr Moral, mehr grüne Technik, hin zum "grünen" Kapitalismus. Ein "grüner Kapitalismus", der noch dazu allein auf Ressourceneffizienz setzt und den Anspruch aufgegeben hat, den Ressourcenverbrauch energisch und absolut zu senken, der wird die Probleme nicht lösen, sondern nur zu neuen Verrenkungen führen.

Keime des Neuen im Alten

Und dennoch gibt es Keime des Neuen im Alten: darunter das breite Band der zahllosen lokalen und regionalen Initiativen auf vielen politischen Feldern, der Aufschwung sozial bestimmter Gegenwehr, die bahnbrechende Idee Hermann Scheers für ein EEG, die Energiewende und neue Technologien, die mit Soft- und Hardware Dezentralität unterstützen. Für selbstbestimmt und eigenständig darüber entscheiden zu können, was an notwendigen Gütern vor Ort gebraucht wird. Dabei sind heute schon Kooperation, weitgehende Gleichheit und planende Vorsorge wesentliche Kraftquellen zukunftsweisender Projekte. Das sind Signale der Hoffnung auf dem Weg zu notwendigen Veränderungen.

Wer Ökologie für alle will, der muss die Wirtschafts- und Eigentumsordnung ändern

Noch wächst aber nicht zusammen, was zusammen gehört. Und damit kommen wir zum Kern des Anliegens von Hans Thie. Wer Ökologie für alle will, der muss die Wirtschafts- und Eigentumsordnung ändern. Gewiss, ein altes Thema, dennoch aktueller denn je. Denn der Kern der Maschinerie, sein Hunger nach Profit, der Zwang zu Konkurrenz und Expansion lässt sich nicht bändigen und allmählich in eine sich selbst genügende Mäßigung überführen. Blendet man das aus, dann werden die schönsten grünen Umbauszenarien "zwangsläufig zu grauen Mäusen". Und deshalb kommt Hans Thie hier zur Sache. Eine neue Politische Ökonomie kann es nur geben, wenn sie von vornherein eine ökologisch informierte ist und in ihrem Theoriekern die Reproduktionsfähigkeit der Natur aufnimmt. Denn die langwierigen adaptiven Prozesse, die in der Natur ablaufen, stehen im direkten Widerspruch zum profitgetriebenen Verwertungstempo. Was bei Karl Marx angelegt (siehe. z.B. MEW Bd. 23, S. 192) ist, aber zu seiner Zeit noch nicht zu denken war, kam auch später im Sinne einer durch und durch ökologischen und gleichzeitig politiktauglichen Vision niemals aufs Papier.

Die Wachstumskritik bleibt Antworten schuldig

Vor diesem Hintergrund setzt sich Hans Thie eingehend mit dem Theoriekern von Keynes und dem der ökologischen Ökonomen Daly und Binswanger auseinander. Seine Befunde sind ernüchternd:

- 1. Die Anhänger von John Maynard Keynes haben zwar viel und Richtiges zu sagen über die wirtschaftspolitische Steuerung der »großen Größen«, des Lohnes, des Zinses und des Wechselkurses der Währungen, sind aber ökologisch ahnungslos. Deshalb sind sie fernab von zentralen Auseinandersetzungen unserer Zeit.
- 2. Herman Daly kann aufzeigen, dass die Kosten des Wachstums bei aufgeblähter Produktion und entsprechendem Konsum dessen Nutzen übersteigen und in einer Gesamtbilanz weiteres Wachstum vollständig sinnlos werden kann. Das sind Gedanken, die für die gewöhnliche Wirtschaftswissenschaft auch deshalb nicht akzeptabel sind, weil Daly die Heiligkeit der Märkte und tradierten Eigentums nicht ohne weiteres akzeptiert (siehe Herman Daly 1999. Ecological Economics and the Ecology of Economics. Essays in Criticism. Cheltenham and Northampton: Edward Elgar). Allerdings hat er leider für sein Plädoyer einer nicht mehr wachsenden, stationären Wirtschaft unzureichend die Frage beantwortet, wie denn eine Wirtschaft mit Kredit, Zins und Profit, aber ohne Wachstum, funktionieren soll. Auch bei anderen Autoren aus der jungen Tradition der ökologischen Ökonomie ist genau das der große und auffallende Mangel.

3. Hans Christoph Binswanger bringt zwar den Wachstumszwang auf den Punkt, bleibt aber in seinen politischen Konsequenzen vollständig im privatwirtschaftlichen Rahmen. Sein Fazit: Ohne Wachstum geht es nicht. Seiner Konsequenz, den Ressourcenverbrauch zu mäßigen und das Wachstum zu dämpfen, wird deshalb kein durchschlagender Erfolg beschieden sein.

Eine Wirtschaft ohne Wachstum braucht neue Eigentumsverhältnisse

Die Wachstumsskeptiker ziehen nicht die Konsequenz aus ihrer Analyse. Sie müssten, so Thie, aufzeigen, wie Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend zu reformieren sind, damit die Stabilisierungsfunktion, die bisher das Wachstum übernimmt, auf andere Weise zu erfüllen ist. Trotz dieses Problems, für das er in seinem Buch Umrisse einer Lösung vorträgt, besteht akuter Handlungsdruck. Mit dem bekannten Arsenal an ökologischen Reformmöglichkeiten, das zur Verfügung steht, lassen sich auf allen entscheidenden Handlungsfeldern - Arbeit, Leben, Wohnen, Verkehr, Umwelt und Natur - sozialverträgliche Wege in die Zukunft bahnen. Dabei sind aber harte Einschnitte in überkommene Eigentumsverhältnisse auf Dauer unvermeidbar. Wer es ernst meint mit konsequenter Ökologie, sollte davor nicht die Augen verschließen. Denn diese Korrekturen der Eigentums- und Machtverhältnisse sind zwingend geboten, wenn es gilt, Produktivitätsgewinne in mehr Muße, mehr Freizeit und mehr Freiheit zu verwandeln. Wo sich noch keine überzeugenden Lösungen aufdrängen, sind Experimente zu wagen, ist die Breite der Optionen zu erproben.

Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Für all diese grün-roten Reformprojekte, ob sie eher auf der Bundesebene oder eher kommunal angesiedelt sind, wäre, so der Autor, ein übergreifendes Motto passend: Hineinwachsen in eine ökologisch-egalitäre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Wirtschaftswachstum nicht mehr braucht. Auf dem Weg dahin könnte der Wachstumszwang schwächer werden, indem die Zahl der souverän handelnden, alles Elementare selbst regelnden Kommunen wächst und indem auf der Bundesebene ökologisch motivierte Umverteilungen und Eigentumsschnitte vollzogen werden. Damit ließe sich der Raum für eine echte (nicht nur auf formale Regeln beschränkte) Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft aufschließen. Sie umfasst die vollständige Transparenz des Öffentlichen, der Souverän ist tatsächlich souverän. Es gilt die Demokratie – vor dem Betriebstor und dahinter. Alles Eigentum, das über das Persönliche hinausgeht und Macht über andere Menschen begründet, ist – wie es Hans Thie auf den Punkt bringt - demokratiepflichtig. Die Politik wäre nicht mehr Diener, sondern demokratisch verfasster Prioritätensetzer, gebunden an das imperative Mandat der Verfassung und der Volksentscheide.

Commons als neues Zentrum der Ökonomie

Diese Elemente bilden die Grundlage eines Modellwechsels, den Hans Thie in seinem Buch skizziert. Das ist kein Neuaufguss des "Dritten Weges", sondern ein qualitativer Sprung. Hier schöpft Hans Thie auch aus der Commons-Forschung von Elinor Ostrom. Commons orientieren auf das, was künftig im Zentrum der Ökonomie stehen muss: Das Bewahren und Pflegen des Gemeinsamen auf der Basis gleicher Rechte, selbst gesetzter Normen und geplanter Bewirtschaftung. Sie praktizieren - so der Autor - im Einzelnen das, was auch im Allgemeinen gelten muss: Kooperation, Gleichheit und Planung.